

# Eutin kippt Ausbaubeiträge ab 2020

Höhere Parkgebühren und einen begrenzten Betrag für den Straßenausbau – alle Fraktionen stimmten für den Vorschlag von CDU und Grünen

Von Constanze Emde

**EUTIN** Ab nächstem Jahr werden die Eutiner nicht mehr zur Kasse gebeten, wenn die Straße vor ihrer Haustür ausgebaut wird. Der Hauptausschuss votierte Dienstagabend für die Aufhebung der Beitragspflicht beim künftigen Straßenausbau und sprach sich ebenso einstimmig für die sogenannten Kompensationsvorschläge von CDU und Grünen aus.

Die Verwaltung ist nun aufgerufen, einen Vorschlag zu machen, wie die öffentlichen Parkplätze so zu bewirtschaften sind, dass 500.000 Euro Mehreinnahmen erwirtschaftet werden (bislang 250.000 Euro pro Jahr abzüglich der Aufwendungen wie Personalkosten). Die Idee von CDU

und Grünen: Am Wochenende kann weiter umsonst geparkt werden, in der Woche wird die Zeit des Zahlens von sechs auf acht Stunden ausgeweitet, außerdem sollen die Preise gestaffelt werden. Wer dichter ins Zentrum fährt, muss mehr zahlen. „Der Applaus für eine Abschaffung der Beiträge lässt sich leicht einfahren, aber wir haben doch kein Geld zu verschenken bei der verschuldeten Haushaltslage. Wir wollen die Nutzer der Straßen für die Kompensation mit heranziehen“, erklärte Reinhard Sohns, stellvertretender Fraktionschef der Grünen.

Hans-Wilhelm Hagen, Vorsitzender der Eutiner Wirtschaftsvereinigung, war von seinen Mitgliedern in den Ausschuss geschickt worden,

um die Sorgen der Kaufleute kund zu tun: „Wir können die Kunden, die zu uns kommen, doch nicht neben der Stadtanierung auch noch mit höheren Parkpreisen bestrafen.“ Hagen bat darum, mit einbezogen zu werden bei den Planungen zur Erhöhung der Parkgebühren. Sohns wies darauf hin, dass die Parkpreise in Eutin zu den niedrigsten der Region gehören und es sich um eine moderate Anpassung handeln soll. „Das Gemeindeprüfungsamt war von deutlich höheren Einnahmen von bis zu 1,7 Millionen Euro ausgegangen bei einem Euro pro Stunde“, sagte Monika Obieray (Grüne).

Der zweite Teil des gemeinsamen Antrages beinhaltet die Deckelung des jährlichen städtischen Anteils für den

Straßenausbau auf 400.000 Euro. Dies habe die Stadt im Mittel auch in der Vergangenheit ausgegeben. „Wir müssen zusätzlich über verkehrslenkende Maßnahmen sprechen, wie auch der Schwerlastverkehr aus Richtung Oldenburg nicht über die Elisabethstraße durch die Stadt, sondern auf die Umgehung geleitet werden kann“, fügte Matthias Rachfahl (CDU) hinzu. Es werde auch künftig keine Luxusanierungen geben, aber wenn ausgebaut werde, so Grüne und CDU, sollen die Anlieger mit einbezogen werden, die Radler und Fußgänger Beachtung finden.

„Ich bin froh, dass es nun zu einer Entscheidung kommt, damit wir uns auch wieder mit anderen kommunalpolitischen Themen beschäftigen

können“, sagte Bürgermeister Carsten Behnk mit Blick auf die diversen Ausschusssitzungen, die das Thema beherrschte.

SPD, FW und FDP äußerten auf vielfältige Weise ihren Unmut darüber, dass CDU und Grüne nun das Lob für den Antrag für sich verbuchten. Die SPD erinnerte an ihre Idee der Parkgebühren-Erhöhung für das Klima im September. „Da stimmten sie dagegen, weil sie es ungerecht fanden“, zitierte Hans-Georg Westphal (SPD) die Aussage von Dennis Schumacher (CDU). Der machte sich prompt die Mühe und las das Protokoll weiter vor: „Sie müssen das im Zusammenhang sehen. Sie wollten Menschen mit Elektro-Autos bevorzugen. Das fand ich ungerecht.“ Sigrid

Jürß (FW) tröstete Westphal mit der ihr eigenen Erkenntnis „Sie wissen doch, was von uns kommt...“.

Sich nicht wieder im Kleinklein zu zerreden, sondern für die Entlastung der Bürger zu stimmen, war eine Bitte von Zuhörern. Dass das System der Beitragserhebung als unsozial und ungerecht empfunden werde, darüber herrschte Einigkeit. Nach zwei Stunden gab es die Entscheidung, die die rund 100 anwesenden Besucher im Saal erleichterten: Ab 1. Januar werden keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben. Das tippte Kämmerer Andreas Lietzke in Echtzeit unter den neuen Paragraphen 7a in der Satzung, der final in der Stadtvertretung am 4. Dezember beschlossen werden soll.